

Bürger gegen Verbraucher

Zum Artikel „Ruf nach der Nachbarschaftshilfe“ in der Ausgabe vom 15./16. Januar:

Zunächst sei zugestanden: Unser kollektives Verbraucherverhalten ist nicht immer vorbildlich. Wir sollten (wenn wir es uns leisten können) mehr Geld für qualitativ hochwertige Lebensmittel möglichst aus der Region ausgeben und wir sollten beim Einkauf öfter mal einem kleinen Dorfladen den Vorzug geben vor dem großen Discounter. Das Problem ist nur: Die Lebenswirklichkeit ist anders. Die Menschen schätzen den günstigen Einkauf mit vollständigem Angebot im großen Supermarkt. Wenn sie diesen auf dem Land nicht vorfinden, fahren sie in die Stadt, wobei diejenigen das Nachsehen haben, die nicht mobil sind wie zum Teil unsere älteren Mitbürger(innen).

Interessant ist aus meiner Sicht an der Diskussion nicht so sehr die Sache selbst. Die Staatsregierung hat auf die dringende Bitte unter anderem der Landräte des ländlichen Raumes baurechtlich etwas mehr Verkaufsfläche zugestanden, was nun wirklich nicht so weltbewegend ist, wie einige glauben machen wollen. Interessant ist vielmehr, wie die Grünen argumentieren. Diese Partei scheint zwei Sorten von Menschen zu unterscheiden: Die einen sind schön, intelligent und stets auf das Gute und Schöne in der Welt bedacht, was nicht zuletzt daran zu erkennen ist, dass sie die Meinung der Grünen teilen. Diese Menschen heißen Bürgerinnen und Bürger, sie sollen möglichst oft gefragt werden und viel entscheiden.

Die anderen sind eher hässlich, geistig ein wenig unbeweglich, was man daran erkennt, dass sie anderer Meinung sind als die Grünen, und sie trachten im Regelfall danach, irgendetwas zu zerstören: die Umwelt, die Landschaft oder gar die Heimat an sich. (Letzteres freilich ist ein Begriff, den die Grünen lange Zeit eher belächelt haben und den sie erst verwenden, seit sie sich damit auch im bürgerlichen Lager Stimmen erhoffen.) Die Mitglieder dieser Gruppe heißen Verbraucher. Verbraucher muss man im günstigsten Fall ständig beschützen, meistens aber muss man sie durch möglichst viele staatliche Regelungen davon abhalten, dass sie irgendeinen Unsinn machen.

Ärgerlich wird's nur, wenn wie in Türkenfeld Bürgerinnen und Bürger im Rahmen eines Bürgerentscheids an die Wahlurne gerufen werden, um es der Politik mal richtig zu zeigen und Verbraucherinnen und Verbraucher dort die Mehrheit erhalten. Da kommt der Basisdemokrat in richtige Argumentationsnöte.

Ich meine, die Staatsregierung hat den Handlungsspielraum der Kommunen mit der neuen Regelung gestärkt. Es ist Sache der örtlichen Gemeinschaft, ihn sinnvoll auszufüllen.

Thomas Karmasin,
CSU-Kreisvorsitzender,
Fürstenfeldbruck

SZ/Brücken Teil 1 18.01.2011